

Zwischen Freiheit und Verbot

Ab wann man von Cancel Culture reden sollte¹

Henning Marmulla

Title

Freedom of Speech and Freedom to Cancel. When Shall We Speak of Cancel Culture?

Keywords

cancel culture; universalism; identity politics; censorship; debate

Dies ist ein Text über eine Debatte, die keine ist. Zu einer idealen Debatte gehört zumindest die tendenzielle Bereitschaft der Kontrahent*innen, davon auszugehen, dass die Gegenseite Recht haben könnte. Eine gewisse Neugierde auf die andere Position gehört genauso dazu wie eine Ergebnisoffenheit des Debattenresultats. Ein Blick auf die sogenannte Debatte über die sogenannte Cancel Culture aber verrät, dass es hier nicht um echte Debatte geht. Hier geht es um knallharten politischen Kampf. Es geht um Deutungsmacht, es geht um Gefühle, Verletzungen und Angst, und beinahe jede Stellungnahme einer Seite lässt durchblicken, dass die Gegenposition zweifellos falsch liege. Kurz: Wir befinden uns in einem neuen Kulturkampf. Diese Auseinandersetzung steckt so voller Ressentiments, dass sie zu unserer Zeit recht gut passt, in der die Fronten sich verhärten, in denen die Polarisierung voranschreitet. Sie passt auch zur Logik der Medien, die solch eine Debatte erst ermöglicht haben: den sogenannten sozialen, in denen es ein Daumen hoch oder runter gibt, Nuancen nicht zum Standard gehören und die eigene Sicht auf die Welt in Dauerschleife bestätigt wird.

Wenn Sie bisher noch nichts von der Cancel Culture gehört haben, sei hier zu Beginn eines von zahlreichen Beispielen aus dem Kunstbetrieb wiedergegeben. Der 54-jährige niederländische Künstler Erik Kessels wollte ein Kunstwerk gegen den grassierenden Schönheitswahn schaffen, der immer wieder dazu führt, dass Menschen sich unter das Skalpell legen, um sich optimieren zu lassen. Er wählte 800 Porträtfotos, zum Großteil von Frauen, aus dem Internet aus, die nach einem plastischen

¹ Der Beitrag erschien zuerst in forum 411 (November 2020), S. 60-67.

Corresponding author: Henning Marmulla

hmarmulla@forum.lu

 Open Access. © Henning Marmulla 2021, published by transcript Verlag

This work is licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 (BY-SA) license .2021

Eingriff aufgenommen worden waren, transformierte diese mit dem Computer zu 60 Zufallsgesichtern, druckte sie großformatig aus und beklebte damit eine Skatebahn. Skater*innen sollten während der Laufzeit der diesjährigen *Breadphoto*, der größten Foto-Ausstellung der Benelux-Länder, über die Piste fahren und die Fotos zerstören. Damit sollte die Vergänglichkeit von Schönheit demonstriert werden. Titel des Kunstwerks: *Destroy my face*. Unter dem Namen *We are not a playground* startete daraufhin ein anonymes Kollektiv eine Onlinepetition mit dem Ziel, das Kunstwerk zu verhindern. Der Vorwurf: Der Künstler und die Festivalleitung würden zu Gewalt gegen Frauen aufrufen. In einen Dialog, den die Festivalleitung daraufhin angeboten hatte, wollte das Kollektiv nicht treten: Sie wollten anonym bleiben. Sie schrieben, jeglicher Dialog verzögere die notwendige Entfernung des Kunstwerks. Nachdem die amerikanischen Sponsoren des Werkes sich aufgrund des sozialen Drucks zurückgezogen hatten, wurde das Kunstwerk wieder entfernt (vgl. Schweighöfer 2020: 16). Wie unter dem Brennglas sieht man hier, was mit Cancel Culture gemeint sein kann: Ein gut gemeintes Kunstwerk wird von einer sozialen Gruppe falsch (oder anders) interpretiert, sie fühlt sich verletzt oder sogar bedroht, baut sozialen Druck auf, der in einem Rückzug der Geldgeber mündet, woraufhin ein Kunstwerk entfernt wird: gecancelt. Ein echter Dialog findet nicht statt.

Viele weitere Stellungnahmen und Handlungen werden unter dem Begriff der Cancel Culture versammelt: Verlage trennen sich von Autor*innen, Kulturhäuser laden Eingeladene wieder aus, Monumente werden beschmutzt oder zerstört, Kunstwerke abgehängt, Professor*innen verlieren ihren Job, Journalist*innen verlassen Redaktionen, all das aus dem Grund, dass der Druck von bestimmten Gruppen auf Verlage, Kulturhäuser etc. so groß wird, dass diese nachgeben. Dabei werden häufig Meinungs- und Kunstfreiheit gegen persönliche Verletzungen ausgespielt. Viele der Phänomene gab es lange vor dem Begriff der Cancel Culture, einige haben sich in ihrer Häufigkeit und Radikalität intensiviert. Tendenziell wird der Begriff der Cancel Culture von denjenigen benutzt, die sich gecancelt fühlen. Die, die »canceln«, nennen ihre Stellungnahmen und Aktionsformen berechtigte Kritik. Klassische Aktionsformen sind beispielsweise Petitionen (siehe das Beispiel des niederländischen Künstlers), Demonstrationen (Protestierende versuchten 2016 vergeblich, eine Veranstaltung mit Thilo Sarrazin in Echternach zu verhindern) oder Boykott (das *Comité pour une paix juste au Proche-Orient* beteiligte sich an einer BDS-Boykott-Kampagne, mit der der *Eurovision Song Contest* 2019 verhindert werden sollte, einfach aus dem Grund, weil er in Israel stattfand). Und manchmal wird auch vor Gericht entschieden (Fred Keup, Joe Thein und Dan S. gegen Tun Tonnar). Letztendlich aber versucht der Begriff der Cancel Culture so viele Phänomene unter einem Dach zu versammeln, dass er analytisch untauglich ist und höchstens zu einer Radikalisierung des Kulturkampfes beiträgt. Es gilt, das Knäuel an Vorwürfen und die Entwicklungen, die mit dem Begriff gemeint sind, zu sortieren. Zu unterscheiden ist zwischen Cancel-Wunsch und Zensur, Kritik und Verleumdung.

Es gibt zahlreiche Akteur*innen, die das eine oder andere am liebsten verbieten möchten. Aber der *Wunsch* und die Äußerung des *Wunsches* nach einem Verbot eines Buches, eines Kinofilms, eines Auftritts sind durchaus legitim. Die Gedanken und auch die Wünsche sind frei. Es ist gesetzlich erlaubt – und viel zu wenig wird in der Debatte auf die juristische Dimension verwiesen, zu sehr auf die emotionale –, in den sozialen Medien oder in einer Tageszeitung darüber nachzudenken, dass es besser ge-

wesen wäre, eine*n Künstler*in nicht zu einer Podiumsdebatte einzuladen. Es ist auch erlaubt, Petitionen zu lancieren. Die Stürmung einer Theateraufführung oder die Zerstörung von Kunstwerken hingegen kann als Eingriff in die öffentliche Ordnung oder Sachbeschädigung gewertet und strafrechtlich verfolgt werden. Vom Wunsch eines Verbots zur faktischen Zensur ist es ein weiter Weg. Und Gott sei Dank gibt es in echten Demokratien keine zentrale Zensurinstanz, die diese Wünsche einfach umsetzt. Wir sind nicht in Preußen zu Zeiten des Deutschen Bundes, als gleich drei Ministerien mit der Unterbindung politisch, moralisch und religiös unliebsamer Äußerungen betraut waren. Wir können im Rahmen unserer Gesetze recht viel. Roman Polanski kann Filme drehen, Thilo Sarrazin Bücher schreiben, Feine Sahne Fischfilet Songs schreiben, die an der Grenze zur Verfassungsfeindlichkeit kratzen. Und für jedes Beispiel lassen sich Cancel-Wünsche angeben, doch Polanski dreht, Sarrazin schreibt, die Punkband spielt. Wenn Cancel-Wünsche Wünsche bleiben oder Kritik artikulieren, die zu echter Debatte führt, dann sind demokratische Spielregeln eingehalten. Aber die Tendenzen der letzten Jahre gehen darüber hinaus. Denn manch eine Stellungnahme, die sich als Kritik ausgibt, setzt auf Ausschluss der gegnerischen Position durch Skandalisierung. Und bisweilen führt ein hinreichend intensiv vorgebrachter Cancel-Wunsch dazu, dass Menschen ihre Jobs, Schauspieler*innen ihre Aufträge oder Künstler*innen, wie Erik Kessels, der doch nur etwas gegen den frauenverachtenden Schönheitswahn tun wollte und sich plötzlich selbst mit dem Vorwurf der Frauenverachtung konfrontiert sah, ihre Ausstellungen verlieren. Wie konnte es so weit kommen?

Die sogenannte Cancel Culture hat einen direkten Vorläufer: Es ist der Wunsch nach Political Correctness. Geleitet von der Überzeugung, dass Sprache Wirklichkeit schafft, sollten zunächst bestimmte Begriffe nicht mehr benutzt werden. Gut gemeint in der Anlage, führte und führt eine übertrieben ausgelegte Political Correctness freilich auch zu Sprachverboten, die echte Debatte verunmöglichen. Die Cancel Culture setzt ein und setzt nach, wo die Political Correctness, aus der Sicht von enttäuschten Individuen, Gruppen und Organisationen, wirkungslos geblieben ist. Es handelt sich hier um eine Spezifizierung (thematisch) und auch um eine Radikalisierung der Aktionsstrategie. Arbeitete die klassische Political Correctness mit Kanonreform, Sprachumwandlung und Apellen, beobachten wir nun eine neue Bewegung: Sie setzt mitunter die Taktik der Skandalisierung ein, um Personen moralisch zu diskreditieren. Aber: Wer sind die Akteur*innen in diesem Kampf?

Universalismus gegen Partikularismus

Es hat sich in den vergangenen Jahren, ausgehend von den USA, in letzter Zeit dynamisiert auch in Europa, eine Front herausgebildet, die sich medial relativ dominant abbildet. Sie lässt sich mit den Begriffen Universalismus versus Partikularismus zusammenfassen. Modern und auch postmodern geschulte Universalist*innen hegen starke Zweifel gegenüber jeglicher Position, die sich auf eine feste Identität oder gar Authentizität beruft, komme sie von links oder von rechts. Die universalistische Perspektive geht davon aus, dass eine wie auch immer behauptete Identität irrelevant sei in der Arena sich herrschaftsfrei miteinander auseinandersetzen Diskursteilnehmer*innen. Und so kommt es zu Konflikten auf der einen Seite zwischen rechten Identitären und Universalist*innen, weil Letzteren das Pochen auf Volk, Herkunft

und Nation unerträglich ist; auf der anderen Seite aber auch zum Konflikt zwischen linker Identitätspolitik und Universalismus, weil für die Universalist*innen auch diese Form des Identitären totalitaristisch erscheint. In dieser Perspektive kämpfen also – in den Formulierungen der jeweiligen Selbstdarstellungen – *woke*, ungerechtigkeits-sensible und lange Zeit marginalisierte Personen (nebst Sympathisant*innen) unter Verweis auf die Bedeutung der Identitäten der bisher Unterdrückten gegen Etablierte, von konservativ bis liberal, die Sorge haben, dass aus falsch verstandener Solidarität Errungenschaften des Universalismus und der Meinungsfreiheit mit dem Bade ausgeschüttet werden und eine neue, linke, totalitäre Meinungsdictatur sich durchsetzt, in der man nicht mehr sagen dürfe, was man denkt. Wenn man die Debatte weiter zuspitzt auf die Dualität von Identitätspolitik und Universalismus, könnte man die identitätspolitische Maxime so formulieren: Partikulare Interessen sollen durchgesetzt werden gegen einen Universalismus, den es so nie gegeben habe. Der Universalismus sei immer nur eine Illusion gewesen, mit der die Dominierenden ihre Herrschaft über die Dominierten verschleierte hätten. Die universalistische Maxime hingegen lautet: Ein Universalismus, der immer Ziel bleiben muss, solle geschützt werden gegen eine Atomisierung der Gesellschaft in lauter kleine identitär definierte Gruppen. Selbst wenn der Universalismus nie breitenwirksam umgesetzt worden sei, müsse er weiter zielführendes und handlungsanleitendes Ideal bleiben.

Ein Beitrag wie dieser verlangt vielleicht mehr als viele andere, dass der Autor seinen eigenen Standpunkt offenlegt. Für mich ist jeder Rückzug auf Identität oder eine abgrenzbare Kultur per se reaktionär, weil er Identitäten festschreibt und Kulturen abkapselt. Das universalistische Projekt, die normative Idee universeller Menschenrechte, das Ideal, dass Herkunft, Hautfarbe, Staatsangehörigkeit, Geschlecht keine Rolle spielen *sollen*, ist für mich oberste Maxime. Und so kann ich jeglichen Verweis auf Kultur und Identität in einer gesellschaftlichen Debatte nur als rückschrittlich ansehen – gleich, ob von rechts oder von links. Unter dieser Perspektive beobachte ich im Folgenden, was in der vergangenen Zeit unter dem Begriff der Cancel Culture beschrieben wurde.

Die Grundannahme lautet, dass ein Cancel-Wunsch noch keine Zensur ist. Die These, die es zu belegen gilt, will jedoch zeigen, dass im aktuellen Klima ein Druck durch Cancel-Wünsche aufgebaut werden kann, der so immens ist, dass gerade Kulturvermittler*innen – Kulturhäuser, Museen, Verlage, Universitäten – vor ihm einknicken. Und dann wird plötzlich ganz real, was die Rede von der Cancel Culture meint. Wenn eine kritische Masse erreicht ist, die das Verbot von etwas fordert, und der Widerstand dagegen so gering ist, dass viele Akteur*innen einknicken, dann kann man durchaus von einer Cancel Culture sprechen. Einknicken ist nichts Schlimmes, wenn man überzeugt wurde. Konsequenz ist was für Denkfauler. Aber wer gegen die eigene Überzeugung einknickt, weil er Angst vor einem Shitstorm oder einer Aktivist*innengruppe hat, die vor einem Kulturhaus aufmarschieren könnte, der beteiligt sich an einer Verarmung der Pluralität unseres kulturellen Lebens.

Geschichte schreiben, Literatur umschreiben

Viele der Cancel-Wünsche beziehen sich auf Erinnerung. Wie erinnern wir das, was war? An wen soll erinnert werden? Im Zuge der Proteste der Black-Lives-Matter-Bewegung ist Schwung gekommen in die Debatte, ob bestimmte Straßen umbenannt werden sollten (Mohrenstraße in Berlin), ob bestimmte Monumente das Stadtbild prägen sollten (Kolumbus, General Robert E. Lee) (vgl. Gashonga 2020: 69f.). Die voranschreitenden *postcolonial studies* und die zunehmenden Proteste schwarzer Aktivist*innen führen zurecht dazu, dass die öffentliche Erinnerung an ehemalige ›Helden‹ zunehmend auch vor dem Hintergrund ihrer kolonialen oder anderen Verbrechen gesehen wird. Es ist dabei zu unterscheiden zwischen Geschichtsschreibung auf der einen Seite, die in den Aufgabenbereich der Historiker*innen fällt, sich aber natürlich – durch neue Quellen, neue Fragestellungen, neue Erkenntnisse – entwickelt, und Geschichtserinnerung auf der anderen Seite, an deren Konstruktion sich die Öffentlichkeit beteiligt unter der Frage: Was soll wie erinnert werden? Geschichtsschreibung kann dabei genauso Kontroversen auslösen (Stichwort Wehrmachtausstellung) wie Geschichtserinnerung (Stichwort Gëlle Fra, vgl. Oppel 2010). Ja, zur Geschichtserinnerung gehört die Debatte unbedingt dazu, da sich eine Gesellschaft darüber verständigen muss, wie sie sich qua Erinnerung über sich selbst verständigt. Die Betonung liegt dabei aber auf Verständigung, nicht auf Voluntarismus. Bildersturm und Statuensturz durch Selbstermächtigung können nicht die Lösung sein. Dem Abriss von Monumenten muss ein geregeltes Verfahren vorangehen, in dem alle Positionen gehört werden und es dann zu einer Entscheidung kommt. Grundlage müssen Gesetze sein sowie die dominanten ethischen Vorstellungen einer Gesellschaft. In sich zunehmend auch moralisch differenzierenden Gesellschaften ist dieser ethische Minimalkonsens natürlich immer schwieriger zu finden – und deshalb prinzipiell umso nötiger zu verteidigen.

In diesem Kontext sind auch die Wünsche zu nennen, Literatur umzuschreiben; den »Negerkönig« in Pippi Langstrumpf etwa zu ersetzen durch den »Südseekönig«. Der Unterschied zu den Monumenten, die an Geschichte erinnern und die für alle sichtbar im öffentlichen Raum stehen, ist der, dass Literatur sich niemandem aufdrängt, man muss sie bewusst zur Hand nehmen. Wer sich hingegen für das Studium der Romanistik entscheidet, muss mit der Möglichkeit rechnen, auf Céline zu stoßen, so abstoßend man seine Texte auch finden mag. Indes, auch ein Kanon wird in jeder Zeit neu geschrieben, und wir könnten eine Debatte darüber führen, was im Studium gelesen werden soll und was nicht. Aber eine curricular an der Schule vorgeschriebene Lektüre oder eine an der Universität muss auch ohne Triggerwarnungen, wie es in den USA bereits üblich ist, den Studierenden zugemutet werden. Und die Idee, Literatur umzuschreiben, wäre in diesem Kontext Geschichtsklitterung. Das Wort ›Negro‹ in den Büchern James Baldwins zu streichen, würde sein Werk verstellen. Statt Literatur so umzuschreiben, dass sie niemanden verletzt, sollte sie in ihrer Andersartigkeit thematisiert und kommentiert werden. So kann man auch die Fortschritte erkennen, die wir zum Beispiel, was die Rede vom ›Neger‹ angeht, gemacht haben. Man nennt das Alteritätserfahrung, eine Quelle, sich selbst, die Geschichte und die Gegenwart besser zu verstehen. Alles andere wäre Neusprech im Sinne George Orwells und in hohem Maße totalitär.

Literatur und das Spiel mit der Wahrheit

Die österreichische Schriftstellerin Lisa Eckart, die vorderhand als Kabarettistin bekannt geworden war und im Sommer 2020 mit einem Roman unter dem Titel *Omama* als Autorin debütierte, war zum Harbour Front Literaturfestival in Hamburg eingeladen worden. Grund für die Einladung zu diesem Debütant*innenball war eben der Roman, nicht ihre Qualität als Kabarettistin. Eckart wurde von den Veranstalter*innen dann aber wieder ausgeladen, weil, so das erste Argument, ein »linker Mob« damit gedroht habe, die Veranstaltung zu stören (was sich im Nachhinein als Ente herausstellte), und weil zwei der ebenfalls eingeladenen Autoren verkündeten, nicht mit Eckart auf einer Bühne sitzen zu wollen. Die Lesung wurde abgesagt, nicht weil ein linker Mob mit Gewalt gedroht hatte, sondern weil der Veranstalter Angst bekam. Aber woher kam diese Angst? Tessie Jakobs schreibt in der *wöxx* im Indikativ: »Eine solche Befürchtung bestand deshalb, weil Eckarts Bühnenprogramm rassistische und antisemitische Aussagen enthält«. (Jakobs 2020) Darüber kann man streiten. Ich erkenne weniger einen Eckart'schen Rassismus oder Antisemitismus in diesem Bühnenprogramm, als vielmehr die Entlarvung existierender Klischees. Aber hierzu zweierlei: Erstens ging es beim Literaturfestival nicht um Eckarts Qualitäten als Kabarettistin, sondern um ihren Roman. Zweitens hätten die beiden jungen Autoren, die nicht mit ihr auf einer Bühne sitzen wollten, diese Bühne nutzen können, um ein Gespräch über das, was sie störte, zu lancieren. Stattdessen bescherte die Ausladung der Autorin, Ironie des Schicksals, eine Präsenz in den Feuilletons, die sie ohne diese Ausladung nie erhalten hätte. Die Jury des Festivals jedenfalls hatte den Roman und seine Autorin nicht ohne Grund eingeladen. Man war vom Roman überzeugt. Die Ausladung, hier muss man von Cancel Culture sprechen, erfolgte auf Druck. Das ist schade, denn im Roman legt die Autorin ihren Figuren zwar rassistische und antisemitische Parolen in den Mund, aber wie die Germanist*innen unter uns im ersten Semester lernen, ist Figurenrede nicht gleich Autorposition. Und wie bitte sollte man das Österreich der Nachkriegszeit (und m.E. das von heute) anders darstellen als durch Figuren, denen der Nationalsozialismus in Fleisch und Blut übergegangen ist? Fragen Sie mal Thomas Bernhard.

Literatur ermöglicht das Spiel mit der Realität. Kunst überhaupt tut das. Sie spielt, so wie ihre Künstler*innen, so wie Schauspieler*innen. Das Spiel ist anthropologisch betrachtet von immenser Bedeutung. Das wusste schon Friedrich Schiller. Und für manche ist das Spiel eben Beruf; für Schauspieler*innen beispielsweise. Timothée Chalamet spielt eine schwule Person, obwohl er nicht schwul ist. Lars Eidinger und André Jung spielen Behinderte, obwohl sie nicht behindert sind. Wenn hier ein Cancel-Wunsch aufkommt (und er kam auf), dann weiß ich nicht mehr, wie man erklären sollte, worin die Aufgabe von Schauspieler*innen besteht. Und beim Schauspiel, auch bei dem der Lisa Eckart auf den Kabarettbühnen, kommen Mehrdeutigkeiten ins Spiel. Sie aushebeln zu wollen, nur noch die Eindeutigkeiten in der Kunst zuzulassen, kommt einem Messerstich ins Herz der Kunst gleich. Aber Mehrdeutigkeiten sind im Klima der Cancel-Wünsche unerwünscht. Es geht um Eindeutigkeiten. Da gibt es dann nur das Entweder-oder: Daumen hoch oder Daumen runter. Flüchtlinge rein oder Ausländer raus. Gender-Stern oder Frauen in die Küche. Schwuchteln sind Pädophile oder die besseren Menschen. Verbunden mit dem Wunsch nach dem Ende der Mehrdeutigkeit und dem Ende des Spiels ist die Fetischisierung des Authentischen. Auch diese

kommt in vielen Stellungnahmen der Cancel-Fraktion zum Ausdruck. Aber: »Das Authentizitätsparadigma«, schreibt Tania Martini dazu in der *taz* überzeugend, »ist für Menschen, die in der Postmoderne geschult sind, einigermaßen unterkomplex.« Und dazu zitiert sie Lisa Eckart passend mit den folgenden Worten: »Dass wir in einer Zeit leben, wo ›künstlich‹, ›manieriert‹ und ›gewollt‹ keine Komplimente sind, erachte ich als sehr seltsam.« (Martini 2020) Wenn schließlich ein Ende von Mehrdeutigkeit und Spiel und ein Übermaß an Authentizität gefordert werden, wird zugleich eine Hypersensibilität mit den Befindlichkeiten verletzter Personen angemahnt – dies so sehr, dass es sogar als unerträglich beschrieben wird, wenn eine weiße Künstlerin sich in die Haut einer schwarzen Figur hineinversetzt.

Cultural appropriation

Genau diese Macht der Literatur, sich mit Empathie in andere Menschen hineinzusetzen, hatte Lionel Shriver auf dem *Brisbane Writer's Festival* 2016 als essenziell für die Literatur beschrieben. Retrospektiv formulierte sie ihre Position für die *New York Times*:

Briefly, my address maintained that fiction writers should be allowed to write fiction – thus should not let concerns about »cultural appropriation« constrain our creation of characters from different backgrounds than our own. I defended fiction as a vital vehicle for empathy. If we have permission to write only about our own personal experience, there is no fiction, but only memoir. (Shriver 2016)

Die Autorin Yassmin Abdel-Magied, die während Shrivers Rede aufstand und den Saal verließ, reagierte wie folgt auf Shrivers Rede: »It was a monologue about the right to exploit the stories of ›others‹, simply because it is useful for one's story.« Und sie urteilte: »It's not always OK if a white guy writes the story of a Nigerian woman because the actual Nigerian woman can't get published or reviewed, to begin with.« (Abdel-Magied 2016) Wer, muss man hier fragen, legt denn fest, welche Freiheit einer Schriftstellerin zukommt, welche Figur sie in ihren Roman integrieren darf, nach welchen Maßstäben, nach welchen Kriterien? Zugegeben, hinter solcher Forderung verbirgt sich durchaus die politische Analyse unfassbarer politischer Ungleichheit, die absolut ins Schwarze trifft. Denn es stimmt, die Chancen, Einlass in den globalen Literaturbetrieb zu erhalten, sind für farbige Menschen geringer als für weiße. Dies ist ein Unrecht erster Güte. Nur die literaturtheoretische Schlussfolgerung, die Abdel-Magied daraus zieht, bedeutet das Ende jeglicher Kunstfreiheit. Und sie geht noch weiter: »I can't speak for the LGBTQI community, those who are neuro-different or people with disabilities, but that's also the point. I don't speak for them and should allow for their voices and experiences to be heard and legitimized.« (Ebd.) Hinter diesem Zitat verbirgt sich, in meinen Augen, die ganze Tragik der Identitätspolitik: Aus dem gut gemeinten Wunsch, niemanden in seinem Sein zu verletzen, spricht man nicht für ihn. Dann aber kommt Gesellschaft an ein Ende. Dann kommt auch bürgerschaftliches Engagement an ein Ende. Dann können nur noch Betroffene für die ebenso Betroffenen sprechen. Dann muss sogar derjenige, der Solidarität üben möchte, um Erlaubnis für diese Solidarität anfragen.

Das Argument, eine Person aus einer privilegierten Kultur solle sich nicht am Set an Ausdrucksformen von unterprivilegierten Kulturen bedienen, ist reaktionär, weil ihm ein abgeschlossener Kulturbegriff zugrunde liegt. Er führt zu einer Verkapselung kultureller Ausdrucksformen in ihren Ursprungskontexten und verunmöglicht einen kreativen Umgang mit Kultur. Wenn man den Cancel-Gedanken, dass kulturelle Ausdrucksformen in ihrer ursprünglichen Kultur verbleiben müssten, zu Ende denkt, hätten wir heute weder die House- oder Rockmusik, die wir haben, noch könnten Künstler*innen wie Jacob Collier, weiß, jung und privilegiert, den Jazz in neue Dimensionen führen.

Solch eine Haltung verstärkt die Kluft zwischen einem ›Wir‹ und einem ›die Anderen‹ und lässt keine Vermittlung mehr zwischen beiden zu. Und dann dreht sich der identitätspolitische Niemandem-zu-nahe-treten-wollen-Zirkus so weit, dass sogar antirassistische Kunst als rassistisch umgewertet wird, wenn sie von Künstler*innen mit der ›falschen‹ Hautfarbe produziert wird. Das geht dann so weit, dass nicht mehr eine schlimme Realität kritisiert wird, sondern die Kunst, die diese Realität aufdeckt. Das kannten wir bisher aus totalitären Systemen, nun kehrt es zurück.

Realität kritisieren oder die Kritik kritisieren

Georg Herolds Bild *Ziegelner*, so der Wunsch einer aufgebrauchten Bürgerin aus diesem Jahr, sollte im Frankfurter Städel Museum abgehängt werden. Stein des Anstoßes: der Titel, sodann die Tatsache, dass ein weißer Künstler es gemalt hatte. Was zeigt das Bild? Eine farbige Person, auf die ein Ziegelstein geworfen wird. Motiv und Titel verweisen auf die rassistische Stimmung, die der Künstler Anfang der 1980er Jahre in der Bundesrepublik beobachtet und mit seinem Bild kritisiert hat. Und dennoch, so der Wunsch der Canceledin, sollte es abgehängt werden. Es verletze Gefühle. Thorsten Jantschek fand dafür bei *Deutschlandfunk Kultur* die richtigen Worte: »Das Museum hatte betont, es wolle ›niemanden verletzen, provozieren oder triggern‹. Sind das nicht dieselben Leute, die in jeder zweiten Ausstellungseröffnung sagen, dass Kunst irritiert, verstört, Seh- und Denkgewohnheiten aufbricht? Mannomann!« (Jantschek 2020) Was für eine Kunst ist zu erwarten, wenn die viel verwendete Rede von der Irritation durch Kunst uns nur noch schein-irritiert? Wir beobachten es in den Theatern dieser Welt. Es gibt kaum ein Publikum, das wirklich in seinen Überzeugungen irritiert wird. Die Kritiken sprechen von mutigen oder gewagten Stücken, wo sie doch nur mit Zustimmung der Zuschauer*innen, den wenigen, die noch ins Theater gehen, rechnen können (vgl. Hayner 2020). Gratis-Mut hat Hans Magnus Enzensberger so etwas einst genannt. Aber zurück zum *Ziegelner*: Das vorgebrachte Argument, ein Bild verletze Gefühle, kann nicht geltend gemacht werden. Gefühle sind – wenn auch gesellschaftlich vermittelt – in hohem Maße subjektiv. Sicherlich wird sich für jedes Kunstwerk eine Person finden lassen, die sich verletzt fühlt. Aber wo kämen wir hin, wenn auf jede Verletzung eine Zensur stattfände? Wenn wir dies zuließen, dann könnten Mohammed-Karikaturen tatsächlich nicht mehr veröffentlicht werden. Subjektive Gefühle dürfen nicht in Stellung gebracht werden gegen das hohe Gut der Kunst- und Meinungsfreiheit. In der Auseinandersetzung über Kunst sollte das Gefühl nichts verloren haben. Doch wir beobachten eine gefährliche Zunahme des Verweises auf Gefühl. Indes, Gefühle lassen sich nicht gegen Gefühle ausspielen. Was allein zäh-

len kann, sind Prinzipien. Doch die geraten in Gefahr, wenn subjektive Verletzungen über allgemein formulierte Prinzipien gestellt werden. Und wenn dann die Angst bei Künstler*innen entsteht, die zahlreichen, diffusen und unklaren Gefühle zu verletzen, dann verstummt die Stimme, trocknet der Pinsel aus, und die Kreativität erstarrt. Die Schere im Kopf zerschneidet jeden Anflug von künstlerischer Gestaltungskraft. Diese aber brauchen wir, damit Künstler*innen, egal wen sie kritisieren, weiterhin gegen das Unrecht dieser Welt aufbegehren können. Hört sich selbstverständlich an, ist es aber nicht.

Gesprächsabbruch

Wer darf kritisieren? Wer darf reden? »Welche Machtposition bekleidet die kritisierte Person innerhalb der Gesellschaft und hat sie mit ihren Aussagen nach ›unten‹ oder nach ›oben‹ getreten?« (Jakobs 2020) Die Frage, gestellt von Tessie Jakobs in der *wxxx*, denkt die Antwort gleich mit und läuft darauf hinaus zu sagen: Nach unten darf ich nicht treten. Nein? Darf ich Nazis nicht kritisieren, wenn sie Unterstützung von der Arbeitsagentur beziehen? Darf ich einen mittellosen Islamisten nicht kritisieren, wenn er mit einem Messer durch die Stadt läuft und auf Menschen einsticht? Was für eine gefährliche Legitimierung der Kritikposition ist das, wenn legitime Kritik nur dann geäußert werden darf, wenn die*der Sprecher*in benachteiligt ist. Kann eine wohlhabende, weiße, heterosexuelle Person, um es zuzuspitzen, sich also nicht mehr äußern über Dinge, die uns alle angehen? Der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit geht alle an, die in einer gleichberechtigten Gesellschaft leben wollen. Aber die Fantasie manch eines identitätspolitisch Bewegten reicht nicht aus, sich vorzustellen, dass Ungleichbehandlungen sogar Privilegierte um den Schlaf bringen können.

Wer auch nur einen Blick in das Buch *Eure Heimat ist unser Albtraum* (Aydemir/Yaghoobifarah 2019) geworfen hat, wird schnell verstanden haben, dass die Rede vom offenen Austausch erst einmal wie Hohn klingen muss für Menschen, die ihr Leben lang ›geothert‹ wurden, als nicht normal gelesen wurden. Hier sind Texte von Autor*innen versammelt, die unter den ausgesprochenen und unausgesprochenen Ausgrenzungen einer weißen, dominanten Mehrheitsgesellschaft gelitten haben und leiden – und dagegen aufbegehren. Richtig so. Und doch kann nicht die Lösung darin bestehen, dass alle, die als zu cis, zu normal, zu privilegiert erscheinen, aus dem Raum des offenen Austauschs ausgeschlossen werden sollen.

›Boomer‹ und alte weiße Männer

Aber genau der Ausschluss der bisher Privilegierten wird bisweilen angestrebt. Wenn Begriffe wie ›Boomer‹ oder ›alter weißer Mann‹ zu Schimpfwörtern werden, dann ist das ein Ausschluss von Personen aus der Diskursarena qua ihres Alters, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts. Wie wenig neugierig auf die Position des anderen kann man sein, wenn man nicht interessiert ist an der vielleicht interessanten Stellungnahme eines alten, weißen Mannes? Und: Wie kommt man darauf, diese Strategie der Exklusion wegen angeborener Eigenschaften anzuwenden, da man sich ansonsten, wenn es

um die Ausgeschlossenen oder Unterprivilegierten geht, immer dagegen wehrt? Das Argument lautet: Jahrtausende schon hätten weiße heterosexuelle Männer den Ton angegeben, jetzt seien mal die anderen an der Reihe. Das aber ist keine Revolutionierung der Macht, das ist nur ihre Umkehr. Umkehr der Machtposition, nicht ihre Auflösung. Das ist die Kindergarten-Logik: Der hat die ganze Zeit mit dem Laster gespielt, jetzt bin ich dran. Nein, alle müssen dran sein. In gesellschaftlich relevanten Debatten müssen alle dran sein. Ein echter Debattenraum kümmert sich nicht um die Hautfarbe oder das Geschlecht einer Person, sondern ist an ihrer Stellungnahme interessiert. Echte Debatte braucht Gegner, unbedingt, doch sie braucht keine Feinde.

Dass Gegner nicht zu Feinden werden

Navid Kermani (vgl. 2020: 43) hat es neulich, in seiner Eröffnungsrede zum Literaturfestival, von dem Lisa Eckart eingeladen worden war, auf den Punkt gebracht: Wir müssen aufpassen, dass Gegner nicht zu Feinden werden. Ich würde ergänzen: Wir müssen aufpassen, dass wir Tugenden wie Kritikfähigkeit (vgl. Marmulla 2019) und Ambiguitätstoleranz nicht über Bord werfen. Nun könnte man sagen: Das sagt sich so leicht, wenn man von einer privilegierten Position aus spricht. Der Autor dieser Zeilen, weiß, mittelalt, homosexuell, berufstätig und recht gut vernetzt, schreibt sicherlich von einer privilegierten Position. Aber was wäre die Alternative? Soll ich mein Ideal des herrschaftsfreien Diskurses aufgeben, nur weil es realiter noch nicht umgesetzt ist? Soll ich gar sagen, in Umdrehung des alten deutschen Untertanengeistes: nach oben treten, nach unten buckeln? Ist eine Position nur deshalb wertvoller, weil sie aus einer unterprivilegierten Lage heraus artikuliert wird?

Nein, fanden auch 150 englische und US-amerikanische Intellektuelle, darunter, um nur zwei zu nennen, Margaret Atwood und Salman Rushdie, die am 7. Juli 2020 ein Manifest veröffentlichten, in dem Sie das rezente Klima, das sie erleben, zuspitzen (vgl. Ackerman u.a. 2020). Sie stellen darin fest, dass die Proteste neuer sozialer Bewegungen für soziale Gerechtigkeit zunähmen. Dies begrüßen sie. Mit diesem Kampf einher ginge jedoch »a new set of moral attitudes and political commitments that tend to weaken our norms of open debate and toleration of differences in favor of ideological conformity«. (Ebd.) Und dem gelte es entgegenzutreten; damit, möchte ich wiederholen, Gegner, wie Kermani sagt, nicht zu Feinden werden. Damit der Streit nicht in den Krieg führt. Wir müssen unseren Gegnern eine Plattform bieten, statt sie zu verbieten. Damit wir die Blasen zerstören, in denen sich viel zu viele eingerichtet haben. Die Populist*innen dieser Welt versuchen genau das: unsere Gesellschaften in verfeindete Lager zu spalten. Das ist sozusagen ihr Geschäftsmodell. Und auch die sozialen Medien verdienen prächtig an dieser Spaltung. Aber wenn unsere Demokratien eine Zukunft haben wollen, dann muss genau das, diese Spalterei, ein Ende haben. Zu wünschen wäre, dass sich nicht die Positionen mit den größten Followerzahlen, sondern die mit den stärksten Argumenten durchsetzen. Auch das wäre eine Art Minderheitenschutz. Für alles andere gilt: Wir haben Gesetze. Sachbeschädigung ist Sachbeschädigung. Und Körperverletzung ist Körperverletzung, egal ob ein Nazi einen Flüchtling, ein Flüchtling einen Schwulen, ein Schwuler einen AfD-Politiker oder ein Pegida-Fan einen Polizisten attackiert. Polizeigewalt ist so unerträglich wie Gewalt gegen die Polizei. Wir brauchen mehr denn je Prinzipien und weniger Partei-

nahme. Vor allem weniger Parteinahme für die eigene Position, mehr Empathie für die anderen und weniger Wut auf Andersdenkende. Eine Debatte, in der jede*r sich die Teile der Realität als Belege auswählt, die die eigene vorgefertigte Position unterstützen, ist so verlogen wie die Spielerei mit Statistiken. Und auch wenn es hart sein muss, denjenigen zuzuhören, die eine radikal entgegengesetzte Position vertreten, ist das möglich. Jens-Christian Rabe schlug dazu, ganz konkret, neulich in der *Süd-deutschen Zeitung* vor, »die starken Argumente der jeweils anderen Seite wichtiger zu nehmen als die schwachen«. (Rabe 2020) Dazu gehört natürlich noch, dass man ein größeres Interesse an der ›Wahrheitsfindung‹ hat als an der eigenen Befindlichkeit. Jede*r sollte ein Interesse daran haben, dass der Gegner reden kann. Denn: Die Welt ist bunt und divers, so muss auch unsere Debatte sein. Aber es muss eine Debatte sein. Und nicht der Versuch, diese permanent zu unterbinden.

Literatur

- Abdel-Magied, Yasmin (2016): As Lionel Shriver made light of identity, I had no choice but to walk out on her. In: *theguardian.com*, 10. September 2016; online unter: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/sep/10/as-lionel-shriver-made-light-of-identity-i-had-no-choice-but-to-walk-out-on-her> [Stand: 1.10.2021].
- Ackerman, Elliot u.a. (2020): A Letter on Justice and Open Debate. In: *harpers.org*, 7. Juli 2020; online unter: <https://harpers.org/a-letter-on-justice-and-open-debate> [Stand: 1.10.2021].
- Aydemir, Fatma/Yaghoobifarah, Hengameh (Hg.; 2019): *Eure Heimat ist unser Albtraum*. Berlin/Ullstein.
- Gashonga, Sandrine (2020): Polanski ou la guerre des valeurs. Faut-il séparer l'œuvre de l'artiste? In: *forum für Politik, Gesellschaft und Kultur* 402, Januar, S. 68-70; online unter: <https://www.forum.lu/article/polanski-ou-la-guerre-des-valeurs> [Stand: 1.10.2021].
- Hayner, Jakob (2020): *Warum Theater. Krise und Erneuerung*. Berlin.
- Jakobs, Tessie (2020): Meinungsfreiheit: Wer cancelt hier wen? In: *worxx.lu*, 20. August 2020; online unter: <https://www.worxx.lu/meinungsfreiheit-der-cancelt-hier-wen> [Stand: 1.10.2021].
- Jantschek, Thorsten (2020): Umstrittenes Bild im Städel Museum: Warum Herolds »Zieglenecker« hängen bleiben sollte. In: *Deutschlandfunk Kultur, Studio 9* v. 3. Juli 2020; online unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/umstrittenes-bild-im-staedel-museum-warum-herolds.2165.de.html?dram:article_id=479849 [Stand: 1.10.2021].
- Kermani, Navid (2020): In aller Offenheit. Warum Schriftsteller einen Auftritt mit ihrer Kollegin Lisa Eckhart nicht verweigern sollten. In: *Die Zeit* v. 10. September 2020, S. 43; online unter: <https://www.zeit.de/2020/38/lisa-eckhart-auslandung-literaturfestival-navid-kermani-freiheit-gesellschaft> [Stand: 1.10.2021].
- Marmulla, Henning (2019): Glück und Kritikfähigkeit. Einige Gedanken zu unserem Umgang mit Kritik. In: *forum für Politik, Gesellschaft und Kultur* 400, November, S. 41-43; online unter: <https://www.forum.lu/article/glueck-und-kritikfaehigkeit/> [Stand: 1.10.2021].

- Martini, Tania (2020): Identitätspolitik auf der Buchmesse. Ich ist eine andere. In: taz. de, 15. Oktober 2020; online unter: <https://taz.de/Identitaetspolitik-auf-der-Buchmesse/!5717068> [Stand: 1.10.2021].
- Oppel, Pia (2010): »Unsere wahre ›Gülle Fra‹ soll jungfräulich bleiben; jungfräulich rein auch unsere Geschichte«. In: forum für Politik, Gesellschaft und Kultur 296, Mai, S. 7-11; online unter: https://www.forum.lu/wp-content/uploads/2015/11/6794_296_Oppel.pdf [Stand: 1.10.2021].
- Rabe, Jens-Christian (2020): Mehr wollen. Wie der Streit über die neue moralische Sensibilität zur kulturellen Revolution führt. In: Süddeutsche Zeitung v. 24./25. Oktober 2020, S. 15.
- Schweighöfer, Kerstin (2020): Aktuell überschätzt. In: art. Das Kunstmagazin, November, S. 16.
- Shriver, Lionel (2016): Will the Left Survive the Millenials? In: The New York Times v. 23. September 2016, S. 29; online unter: https://www.nytimes.com/2016/09/23/opinion/will-the-left-survive-the-millennials.html?_r=0 [Stand: 1.10.2021].